

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 5-6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

servativen und überlieferungsgeformten Landes erschien, auf allen Gebieten befindet. Ganz besonders aber auf dem zentralen der innersten Seelenhaltung, wo überall lange Verdrängtes wieder in seine Rechte einzutreten zu streben scheint. Ist doch bereits in England in nicht unbeträchtlichen Kreisen das Wort „Viktorianisch“, früher ein eindeutiger Lobestitel, jetzt zu einem Kulturpejorativ geworden, wie etwa in Deutschland „Wilhelminisch“. Vielleicht, so scheint es zuweilen, werden diese Umschichtungen ein stärkeres Hervortreten des germanischen Faktors in der englischen Seele bedingen, bezw. von ihm bedingt werden. Auf jeden Fall ist es wichtig, diese Dinge im Auge zu behalten, und dazu können jene Bücher zweckmäßigerweise helfen.

Erich Brod.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Zwiesprache mit der Sozialdemokratie.

Wie wird sich die Sozialdemokratie zu einer künftigen Neugestaltung des Staates stellen? Diese Frage ist angeichts der Stärke, der verhältnismäßigen Geschlossenheit und des Umstandes, daß die sozialistische Partei immer noch mehr oder weniger eine Partei ist, die an die Zukunft Ansprüche stellt, von entscheidender Bedeutung. Im „Volksrecht“ (Zürich) war vor einiger Zeit zu unsern verschiedentlichen Ausführungen über die Hinfälligkeit des bestehenden liberalen Parlamentes und die Wünschbarkeit seiner teilweisen Ersetzung durch eine berufsständische Kammer Stellung genommen worden. „Der Vorschlag, das Parlament zu ersezen — hatte es dort geheißen — durch ausgebauten Expertenkommissionen von Sachverständigen, hat mit Demokratie nichts mehr zu tun und läuft schnurstracks auf einen reaktionären, antide m o k r a t i s c h e n K u r s hinaus. Wer dann als Wahlbehörde das Recht hat, die entscheidenden Experten zu berufen, bei dem liegt als Diktator die Macht im Staate. Wir verzichten darauf, uns hier des weiteren mit den Monatsheften auseinanderzusetzen, die sonst so gerne sich als Hüter der Demokratie betrachtet haben.“

Bei diesen Aussägungen des „Volksrechts“ handelt es sich um ein offensichtliches Mißverständen — oder Mißverstehenwollen — dessen, was uns am bestehenden liberalen Staat unzulänglich erscheint und durch was wir es überwunden sehen möchten. Da das jetzige politische Parlament den an es gestellten Anforderungen gar nicht mehr oder nur noch sehr unvollkommen zu genügen vermag, soll es entsprechend seinem doppelten Aufgabenkreis zerlegt werden, wobei derjenige Teil der Gesetzgebung, zu dessen Verwirklichung es Sachkenntnis und Kenntnis des Willens der einschlägigen Sach-, bezw. Fachverbände oder Berufsstände bedarf: die Beratung der Gesetze, einer berufsständischen Kammer zu überweisen wäre. Die Mitglieder dieser Kammer würden natürlich nicht, wie das bei den vergleichsweise erwähnten heutigen Expertenkommissionen des Bundesrates der Fall ist, von der Regierung berufen, sondern von ihren entsprechenden Berufs- und Standesorganisationen abgeordnet. Daß diese Kammer ferner mit ihrer lediglich beratenden Befugnis keine genügende Gegengewalt gegenüber der — immerhin als volks gewählt gedachten — Regierung darstellen würde, ist selbstverständlich. Eine irgendwie, sicher aber wenig umfangreich, beschaffene politische Kammer mit entscheidender Zuständigkeit hätte neben ihr dieser Aufgabe zu dienen.

Das Mißtrauen, das der Artikelschreiber des „Volksrechts“ unsern Gedankengängen hinsichtlich ihres demokratischen Charakters entgegenbringt, dürfte also kaum angebracht sein — abgesehen davon, daß man sich vorerst einmal grundsätzlich darüber verständigen muß, was man unter Demokratie und demokratisch verstehen will. Wie weitverbreitet allerdings in sozialistischen Kreisen das Mißtrauen gegen alles ist, was den heutigen staatlichen Verhältnissen kritisch gegenübersteht und auf dessen Überwindung sinnt, geht aus einem Artikel hervor, den Nationalrat Ernst Nobs in der Januarnummer der „Roten Revue“ in der Absicht veröffentlicht hatte, „zu untersuchen, und zu zeigen, auf welche Art anti-demokratische Kräfte, antidemokratische Gesinnungen und antidemokratische Postulate in den letzten Jahren sich in unserer schweizerischen Politik bemerkbar gemacht hatten“. Nobs kam dabei zu der Feststellung, „daß gerade auch in der Schweiz die Diskussion über die „Krise der Demokratie“, die „Krise des Parlamentarismus“, die Kritik am Parteiwesen als solchem, die Befristung der Volksrechte und ihrer Anwendbarkeit, die Verhöhnung der Verhältniswahl und ihrer Ergebnisse einen Umfang angenommen hat, wie seit Jahrzehnten nicht mehr“. Diesem Tatbestand gegenüber will nun die Sozialdemokratie gerade die Demokratie verteidigen und sich zu ihrem eigentlichen Werkämpfer aufwerfen: „Die politischen Gegner der schweizerischen Sozialdemokratie haben sich in den letzten Jahren einen Sport daraus gemacht, die Sozialdemokratie als einen Feind der politischen Demokratie zu verfehmen und ihr zu unterschieben, sie erstrebe die Gewaltherrschaft ihrer Partei... Unsere Sozialdemokratie rangiert nicht unter den Feinden der Demokratie, denn das wäre ihr eigener Untergang. Sie ist sich vielmehr dessen bewußt, daß ihr die große weltgeschichtliche Aufgabe obliegt, den Gedanken der demokratischen Gleichberechtigung und Solidarität, wie er durch das sozialistische Gesellschaftsideal repräsentiert wird, erst zu verwirklichen.“

Aus Sorge für die Demokratie hatte, ungefähr gleichzeitig wie das „Volksrecht“, auch die St. Galler „Volksstimme“ und einige andere sozialistische Blätter unsern Gedankengang abgelehnt, wenn auch in verbindlicherer Form: „Das sehr ernste Problem des modernen Parlamentarismus“ werde zwar „seit geraumer Zeit von allen auch nur halbwegs kritisch veranlagten Beobachtern überlegt“; und an unserer Kritik sei „ohne Zweifel vieles richtig, und auch der alte Gedanke, das Parlament zu einer berufsständischen Vertretung umzugestalten“, habe „sicher etwas Bestechendes“. Nur — so fährt das Blatt fort — „wäre innerhalb der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Gefahr groß, daß wir auf diesem Wege nur zur offenen Diktatur einer praktisch unverantwortlichen Regierung kämen und das Parlament die gleiche beschämende Rolle zu spielen hätte, die es heute in Italien spielt. Der gegenwärtige Zustand ist ja zwar tatsächlich auch eine Diktatur, aber sie wahrt doch noch die demokratischen Formen und gibt uns dadurch mancherlei Kontroll- und Einflussmöglichkeiten an die Hand. So unbefriedigend aber diese ganze Lage auch ist, so ist sie doch nur eine Übergangsscheinung. Auch die Krise des Parlamentarismus wird erst überwunden werden, wenn die bürgerliche Demokratie, zu der die liberale Volksvertretung gehört, der sozialistischen Demokratie Platz macht. Dann erst wird das Wesen des Parlaments von Grund auf umgestaltet werden können und nicht mehr auf dem individuellen Wahlrecht atomisierter „Staatsbürger“ aufgebaut sein, sondern Ausdruck des organisierten und doch reich gegliederten Arbeitslebens einer nicht mehr in herrschende und unterworfenen Klassen zerrissenen freien Volksgemeinschaft werden“.

Hier wird also zugegeben, daß der „moderne Parlamentarismus“ ein „sehr ernstes Problem“ darstelle, das der ernsthafte Überlegung bedürfe. Aber — und das ist noch immer der für den theoretischen Gedankengang der Sozialdemokratie kennzeichnende Zug — an eine Umgestaltung „des Wesens des Parlaments von Grund auf“ könne erst gedacht werden, wenn „die bürgerliche Demokratie der sozialistischen Demokratie Platz gemacht“ habe, oder mit andern Worten, wenn die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mit ihrer Diktatur und Klassenherrschaft überwunden und an ihre Stelle die freie Volks-

gemeinschaft getreten sei. Zuerst die Verwirklichung des „sozialistischen Gesellschaftsideal“, dann die Anpassung der Verfassung an dasselbe. Denn bei jeder vorher vorgenommenen Verfassungsänderung wäre die Gefahr groß, daß sie zu einer Diktatur unverantwortlicher Gewalten führen würde. Darum müsse die Sozialdemokratie, um von der Demokratie eine derartige Gefahr fern zu halten, jeden Versuch einer Änderung der liberalen Verfassungsgrundlagen ablehnen. Wie aber denkt man sich auf sozialistischer Seite die „Verwirklichung“ des ersehnten Idealzustandes, wie will man die „Übergangsscheinung“ der Gegenwart in den Zustand der „demokratischen Gleichberechtigung und Solidarität, wie er durch das sozialistische Gesellschaftsideal repräsentiert wird“, hinübersetzen, ohne sich dabei der Verfassung und entsprechender Umgestaltungen derselben zu bedienen? Hier liegt nicht nur die für die Sozialdemokratie selbst, sondern für die staatspolitische Entwicklung der gesamten europäischen Staatenwelt entscheidende Frage.

Hinsichtlich des Begriffs der Demokratie im Sinne des zu erreichenden Ideals dürfte eine Einigung mit der Sozialdemokratie nicht allzu schwer fallen. Man vermisst auf sozialdemokratischer Seite an der liberalen Demokratie das Positive. Sie habe mancherlei Rechte geschaffen, die dem Einzelnen das und jenes gestatten oder ihm Schutz vor diesem und jenem gewähren. Aber damit, daß jemand das und jenes tun dürfe, sei ihm noch nicht die Möglichkeit zu Leben und Dasein gegeben. In diese Kritik an der liberalen Demokratie kann man vorbehaltlos einstimmen. Die vorliberale, altschweizerische Demokratie war da in mancher Hinsicht durchaus „sozialer“ als die liberale, die ihre Hauptaufgabe in der Beseitigung von Bindungen sah und den Einzelnen dem rücksichtslosesten Kampf ums Dasein auslieferte. Was seither an Sozialgesetzgebung und sozialen Werken getan worden ist, kann nie auch nur annähernd die Folgen einer im Wesen unzulänglichen Ordnung wieder gutmachen. Auch dem zweiten Hauptpunkt der sozialdemokratischen Kritik am liberalen Staat kann man sich ohne Widerspruch anschließen: wirkliche Demokratie bedeutet nicht Freiheit und Gleichheit des aus dem Zusammenhang der Volksgemeinschaft herausgerissenen Einzelwesens, des „atomisierten Staatsbürgers“. Denn wenn solches das Ziel einer staatlichen Ordnung sei, dann komme es zu jener Herrschaft der Eine (der 51 % Mehrheit) über die Andern (der 49 % Minderheit), wie wir sie im heutigen liberalen Staat vor uns haben. Im liberalen Staat herrsche eine Klasse oder eine Gruppe von Klassen über andere Klassen. Die liberale Demokratie sei eine ausgesprochene Klassenherrschaft. Wer wollte die Richtigkeit dieser Feststellung bestreiten? Der liberale Staat hat sich überraschend leicht in den Dienst bestimmter Standesinteressen eingespannen lassen. Die demokratische Gegenbewegung der 60er und 70er Jahre brachte zwar namhafte Sicherungen dagegen. Aber auch hier war es mit dem Negativen, den „Sicherungen“ allein, wie sie die Volksrechte des Volksbegehrens und des Volksentscheides darstellen, nicht getan. Weil keine positive Gewalt ihre Sache verfocht und gestaltete, mußten die unter der liberalen Ordnung mehr und mehr in Benachteiligung geratenden andern Stände zur Selbsthilfe greifen. Es kam zur Bildung jener Parteien, die heute im liberalen Staat um Macht und Einfluß ringen, von denen sich aber keine für diesen Staat voll verantwortlich fühlt, so daß wir einen von den Parteien und ihren Standes- und Klasseninteressen beherrschten, aber keinen auf die Volksgemeinschaft und das Gesamtinteresse gerichteten Staat mehr haben.

Im Ziel fühlen wir uns also mit der Sozialdemokratie einig. Die heutigen Verhältnisse, wie sie sich unter der Herrschaft des Liberalismus herausgebildet haben, sind durch und durch undemokatisch. Die Selbstsucht des Einzelnen und der Klassen verhindert jedes wirkliche Gemeinschaftsleben. Die Macht, die der Besitz materieller Mittel oder die Zahl der Parteiangehörigen verleiht, wird ständig zur Ausnützung und Vergewaltigung anderer missbraucht. Wie kommen wir aber aus diesem Zustand heraus? Die Sozialdemokratie betrachtet diesen heutigen Zustand als eine „Übergangsscheinung“, die von selbst verschwindet, wenn die soziale Demokratie an Stelle der liberalen getreten sei. „Wenn“! Wann wird dieses „wenn“ aber einmal eingetreten und wie wird es vorher

zugegangen sein? Darauf hat die Geschichte des letzten Jahrzehntes eigentlich bereits die Antwort gegeben. Die soziale Demokratie ist nirgends an die Stelle der liberalen getreten, auch dort nicht, wo die Sozialdemokratie zeitweilig im Vollbesitz der staatlichen Macht war; mit Ausnahme Russlands, wo aber der neue Zustand keine soziale Demokratie, sondern eine Diktatur ist, die keiner sozialdemokratischen Partei heute mehr als nachahmenswertes Beispiel erscheint. Man führt auf sozialdemokratischer Seite diesen Tatbestand darauf zurück, daß sich gegenwärtig in den meisten Staaten die Klassenkräfte das Gleichgewicht halten und entsprechend keine der jetzigen Klassen den Staat allein beherrschen könne. Damit erklärt man aber mehr eine Folge als eine Ursache. Warum halten sich die Klassenkräfte heute das Gleichgewicht, nachdem es doch einmal den Anschein hatte, als ob es einer einzelnen Klasse gelinge, die große Volksmehrheit um sich zu scharen, ähnlich wie das einstmal der liberalen Bewegung gelang, und die heutige politische Ordnung auf einen Schlag durch eine den Verhältnissen angepaßtere zu erzeugen?

Wenn breite Volkskreise im liberalen Staat die positive gestaltende, den Gemeinschaftswillen verkörpernde Kraft vermissen, wenn ganze Stände und Klassen sich unter seiner Ordnung durch andere Klassen ausgenutzt, ja vergewaltigt fühlen und entsprechend einer neuen Ordnung zugeneigt sind, so stellen sie sich unter dieser neuen Ordnung doch nicht einen Zustand vor, bei dem bloß die „herrschende Klasse“ gewechselt hat, und sie und andere Teile des Volkes genau wie bisher der freien Selbstbestimmung und entscheidenden Teilnahme an der staatlichen Willensbildung entbehren. Das ist aber nun gerade der Gedankengang der Sozialdemokratie, die liberale Demokratie mit ihrem zur Vergewaltigung der Minderheiten wie gemachten Mehrheitsystem zu benützen, um gewaltsam durch eine „Vorherrschaft des Proletariats“ das sozialistische Gesellschaftsideal, die klassenlose Gesellschaft herzustellen. Nachdem so die — nichtproletarischen — Klassen zum Verschwinden gebracht worden wären, hielte man dann die Voraussetzung für ein wirkliches Gemeinschaftsleben, dessen wir heute so sehr entbehren, gegeben. In diesem neuen Gesellschaftszustand gäbe es dann keine Herrschaft der einen über die andern mehr; es wäre der Zustand freier Selbstbestimmung aller, ein Zustand „demokratischer Gerechtigkeit und Solidarität“. In diesem Endziel mögen gewiß Viele mit der Sozialdemokratie übereinstimmen. Aber ebenso Viele sehen, wie entgegengesetzt diesem Ziel der Weg ist, den die Sozialdemokratie dazu hin beschreiten will. Einen positiven, dem Gemeinschaftswillen Nachahmung schaffenden und nicht bloß den Einzelnen von Bindungen befreien Staat ersehnt man und muß doch erkennen, wie die Sozialdemokratie sich zum Vorkämpfer dieses nur noch der Selbstsucht der Einzelnen und der Klassen dienenden und zu schöpferischer, zielsetzender und richtunggebender Tätigkeit unfähigen liberalen Staates aufwirft. Dem Vergewaltigtwerden durch Andere oder der Vergewaltigung Anderer im Parteienstaat will man entfliehen und hört die Sozialdemokratie die Notwendigkeit der Vorherrschaft des Proletariats zur Vergewaltigung der nichtproletarischen Klassen verkünden. Die heutige Ordnung der Dinge soll abgeschafft werden, weil sie undemokatisch, eine Ordnung der Gewalt, eine Diktatur ist, und man will die Abschaffung durch Gewalt, Diktatur, Nichtdemokratie bewerkstelligen. In diesem tiefinnersten Widerspruch der sozialistischen Bewegung zwischen Ziel und Mittel, das man zur Erreichung des Ziels anwenden will, liegt der Grund dafür, daß heute ein „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ besteht und der sozialistischen Bewegung der Erfolg versagt blieb, den einstmal die liberale Bewegung davontrug, als sie der staatlichen Entwicklung für ein Jahrhundert Richtung und Weg wies.

Ideale sind immer nur Richtpunkte. So wichtig es ist, solche gewiesen zu erhalten, ausschlaggebend ist, ob man Wege findet, die darauf hinführen. Im Auffinden solcher Wege besteht Staatsführung und Staatskunst. Die Sozialdemokratie definiert als Ziel der sozialen Demokratie die Wahrung des Allgemeininteresses. Wem kann nun diese Wahrung übertragen werden, nachdem der liberale Staat, weil er einzig von den Interessen der Einzelnen und der Klassen beherrscht wird, dazu nicht mehr fähig ist? Soll man mit der Wieder-

herstellung einer Mehrheitspartei aus den bürgerlichen Ständen rechnen, oder mit der Heranbildung der Sozialdemokratie zur absoluten Mehrheitspartei? So oder so würde sich, bei Beibehaltung der heutigen Verfassungsgrundlagen, aus der Übertragung der „Wahrung des Allgemeininteresses“ an diese oder jene Mehrheitspartei nur wieder eine Klassenherrschaft ergeben, wie wir sie bereits haben. Nachdem die Aufspaltung des Volkskörpers in Stände und Klassen einmal Tatsache ist, kann das Mehrheitsprinzip nicht mehr zur unmittelbaren Überwindung dieses Zustandes benutzt werden. Und doch muß jemand die Führung innehaben, muß jemand die Richtung weisen, den Ton angeben in einem Staat. Ein steuerloser Staat fährt dem Abgrund zu. Man mag in einzelnen sozialdemokratischen Kreisen eine solche Entwicklung nicht ungern sehen. Je mehr der bestehende Staat unfähig zur Erfüllung seiner Aufgabe wird, für desto besser hält man die Aussichten für eine baldige „Borherrschaft des Proletariates“. Aber doch nur vielleicht. Denn gleichzeitig steigen damit auch die Aussichten für die Übernahme der Staatsgewalt durch die Gegenkräfte, durch die faschistische Diktatur. Auch der Faschismus will der Selbstsucht der Einzelnen und der Klassen, wie sie sich im liberalen Staat ungehemmt austoben kann, einen Damm setzen durch eine politische Ordnung, in der einzig das Allgemeininteresse und der Wille der Gemeinschaft ausschlaggebend sein sollen. Wir verwerfen nicht das Ziel, nur den Weg des Faschismus, weil dieser, wie jede Diktatur, aus dem revolutionären Notrecht ein Dauerrecht macht, und weil er die neuen Inhaber der Staatsgewalt, die neuen „Wahrer des Allgemeininteresses“ zwingt, jedes politische Kräftepiel, jedes Spiel von Gewalt und Gegengewalt, das das eigentliche Wesen der Demokratie ausmacht und ohne das keine staatliche Führung lebendig und volksverwachsen bleibt, zu unterdrücken. Was aber die Unzulänglichkeit der Diktatur von rechts ausmacht, macht auch die Unzulänglichkeit derjenigen von links aus. Nur ist diese wahrscheinlich — man denke an das sowjet-russische Beispiel — noch viel größer. Eine Sozialdemokratie, die den Zerfall des liberalen Staates fördert und begrüßt, ohne auf eine politische Ordnung hinzuzielen, die diesen wirklich zu ersezten vermag, macht sich mitverantwortlich an der dann einmal unvermeidlichen Diktatur von links oder rechts. Gleicher gilt, wenn sie sich aus parteitaktischem Bedürfnis für die Erhaltung der untauglich gewordenen Formen des liberalen Staates einsetzt. Denn die Lähmung und Steuerlosigkeit des politischen Lebens wird dann eines Tages einen Grad erreichen, der jede Änderung, und sei es auch durch eine Diktatur, als Erlösung erscheinen läßt.

Berbreche man sich also weniger den Kopf über das Endziel — darüber besteht ja letztendlich überall Einigkeit — als darüber, daß der Weg, den man gehen will, auch wirklich dazu hinführt. Ideale lassen sich sowieso nie voll in die Wirklichkeit umsetzen. Richten wir unser Augenmerk also darauf, dem Ideal jederzeit, und nicht erst in einer exträumten Zukunft nahe zu sein. Wenn wir den heutigen Zustand als einen solchen der Vergewaltigung der politischen Minderheiten durch die politische Mehrheit oder der Lähmung und Erstarrung der staatlichen Tätigkeit empfinden, dann ersezten wir ihn nicht durch eine neue Vergewaltigung und Lähmlegung des politischen Kräftespiels, sondern im Gegen teil, schaffen wir diesem Kräftespiel, das in der heutigen politischen Ordnung lahmgelegt ist, freien Raum, damit schaffen wir gleichzeitig den als Vergewaltigung empfundenen Zustand aus der Welt. Lassen wir nicht unmittelbar die zahlenmäßige Mehrheit über die Minderheit, eine Klasse über die andere, herrschen. Nur in einer Hinsicht soll die Zahlenmehrheit noch entscheiden: bei der Annahme einer neuen politischen Ordnung, einer neuen Verfassung. Bedeutet eine von einer Mehrheit gegen eine Minderheit angenommene Verfassung aber nicht wiederum eine Vergewaltigung? Ja, wenn es sich bei der neuen Verfassung bloß um ein Werkzeug handelt, mittels dessen die neuen Machthaber, die neue „herrschende Klasse“ sich an der Macht hält, wie das in Italien und Sowjetrußland der Fall ist. Eine wirkliche Verfassung legt aber nicht fest, wer endgültig im Staat den Ton angibt. Sie hält der Führerschaft den Platz offen. Und wer davon Besitz ergreift, darüber soll das freie Spiel der Kräfte entscheiden. Ist das aber etwas anderes, als was die

liberale Demokratie auch bietet? Ja bot unter anderen Voraussetzungen als den heutigen. Bei den Verhältnissen, wie sie heute sind, enthalten die Verfassungsgrundlagen des liberalen Staates diese Gewähr nicht mehr.

Ihre Blütezeit haben der Liberalismus und seine Haupteinrichtung, der Parlamentarismus, merkwürdigerweise erlebt, als sie noch nicht im Vollbesitz der Macht, sondern noch in oppositioneller Stellung gegen eine ihnen übergeordnete Macht waren. Als Gegengewalt hat sich das liberale Parlament viel mehr bewährt, wie als gestaltende und richtunggebende oberste Staatsgewalt. Denn als willensbildendes Organ ist das Parlament sowohl seines Umfanges und seiner Zusammensetzung, wie seiner Arbeitsweise wegen gänzlich ungeeignet. Entscheidender Wille bildet sich nicht in Aussprache und Verhandlung, sondern nachher, auf Grund derselben. Nach der liberalen Vorstellung schickt das „Volk“ seine Vertreter in ein Parlament, damit sie dort seinen Willen bekunden. Das ist schön und recht, wenn jemand da ist, der diese Bekundungen anhört und daraus die entsprechenden Schlüsse zieht. Der liberale Staat kennt aber keinen solchen „Jemand“, denn nach seiner Verfassung ist die Regierung nicht dieser „Jemand“, sondern lediglich das „vollziehende“ Organ für die Willensbekundungen der Volksvertreter. Von diesem Grundmangel röhrt es her, wenn die liberale Staatsführung immer des Weitblicks entbehrt hat und nie fähig war, nach einem vorausehenden Programm zu handeln. Ihre Tätigkeit war auf das Heute und die jetzt lebenden Menschen, nicht aber auf die Zukunft und die kommenden Geschlechter gerichtet. Seitdem gar die Grundvoraussetzung der liberalen Ordnung, das Vorhandensein einer gleichartigen Masse politischer Staatsbürger dahingefallen ist, ist die Unfähigkeit des politischen Parlaments zur entscheidenden Willensbildung und seine Verantwortungslosigkeit eine vollständige geworden. Wenn ihm nicht in der Regierung, im Widerspruch zur Verfassung, eine übergeordnete Gewalt entstanden wäre, würde der liberale Staat längst an seiner eigenen Richtungslosigkeit und Unfähigkeit zu Grunde gegangen sein. Es steht aber auch so noch schlimm genug. Die Unklarheit des Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament, das in Wirklichkeit ein ganz anderes ist als die Verfassung es vorsieht, und ihre weder aufeinander abgestimmte, noch der heute von ihnen gespielten Rolle entsprechende Organisation, lassen kein Gegenspiel zwischen beiden aufkommen. Da jegliche Spannung zwischen den beiden entscheidenden Gewalten eingeschlafen ist, fehlt eben die Voraussetzung für jenes Spiel der politischen Kräfte, das den Platz für die Führung im Staate ständig offen hält, und ohne das eine Demokratie keine Demokratie mehr ist, mögen ihre Formen noch so demokratischen Anstrich haben. Selbst eine Monarchie kann demokratisch sein, wenn ihre Ordnung beweglich genug ist, um bei Vorhandensein einer unbedeutenden Herrscherpersönlichkeit die faktische Willensbildung und Staatsleitung fähigen Gegenkräften zu überlassen. Eine Demokratie, in der das Spiel der politischen Kräfte erlahmt, ist es nicht mehr.

Die Sozialdemokratie ist sich längst darüber klar, daß die Gewaltenteilung des liberalen Staates keine Gewähr für eine demokratische Ordnung bietet. Die Gliederung der entscheidenden Staatsgewalt in eine gesetzgebende und eine vollziehende Behörde entspringt zur Hauptsache ja auch lediglich einem Mißtrauen. Man wollte eine schwache, von der Volksvertretung abhängige Regierung, weil in der Regierung (im Kleinen Rat) früher die bevorrechteten Klassen allein Sitz und Entscheidung gehabt hatten. Gerade in der — volksgewählten — Regierung mußte dann aber zur Zeit der demokratischen Bewegung das „Volk“ Schutz suchen vor dem zum Klassenwerkzeug gewordenen Parlament. Vom gleichen Mißtrauen beseelt zeigt sich heute auch wieder die Sozialdemokratie, die, darin noch gänzlich in liberalen Vorstellungen gefangen — in Deutschland sind ja beispielsweise Sozialismus und Liberalismus Seite an Seite die treusten Vorkämpfer des Parlamentarismus — im liberalen Parlament nach wie vor das Zentralorgan des Staates erblickt und ängstlich jeden Einbruch in dessen Machtbereich ablehnt. Was nützt aber der Sozialdemokratie ihre Machtstellung im liberalen Parlament, wenn dessen Ansehen und Einfluß auf die staatlichen Entscheidungen mehr und mehr auf ein Nichts zusammenschrumpft?

Das entscheidende Organ im Staat ist heute die Regierung. Ihre Bestellung und Organisation hat so zu erfolgen, daß sie nicht nur dem Staat wieder eine wirkliche, zielsehende und richtunggebende (und nicht bloß verwaltende) Spize zu sein vermag, sondern daß sie zugleich auch die wahrhafte Verkörperung des Allgemeininteresses gegenüber allen Einzel- und Klasseninteressen darstellt und entsprechend allen Minderheiten Schutz bietet vor der Vergewaltigung und Ausnützung durch eine Mehrheit einer Klasse oder einer Gruppe von Klassen. Die Entwicklung verläuft ja seit langem in dieser Richtung einer Verselbständigung der sog. Vollzugsgewalt gegenüber den Parteien und Klassen. Man gebe dieser Tendenz verfassungsmäßigen Ausdruck, dann fallen die Gefahren, die die Sozialdemokratie dahinter für die Demokratie wittert, von selbst weg. Denn wer diese Regierung bilde, bezw. stelle, darüber entscheidet ausschließlich das freie Spiel der politischen Kräfte, es handelt sich dabei also um alles eher als um eine „unverantwortliche Gewalt“.

Aber auch der anderen Haupttendenz der staatspolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die in der Einführung der Verhältniswahl bereits ihren verfassungsmäßigen Niederschlag gefunden hat, gebe man feste Form: dem Bedürfnis der Stände und Klassen, sich als solche Einfluß auf die staatliche Willensbildung, bezw. die Gesetzgebung zu sichern. Der Weg, den die sozialistische Lehre vorschlägt, alle übrigen Stände und Klassen gewaltsam auf die Lebens- und Interessenlage eines einzelnen Standes zurückzuführen und so eine „gleiche Interessiertheit“ aller am Ganzen zu schaffen, ist nicht gangbar. Der Bauer ist nun einmal kein Fabrikarbeiter und der Ingenieur kein Kohlenschaufler. Dazu kommen in unserm Land die konfessionellen und sprachlich-kulturellen Gliederungen des Volkskörpers. Aus all dem formt man nie eine einzige „Klasse“. Der einzige Weg, diese Gegensätzlichkeiten und Andersartungen zu überbrücken, ist, sie auf verfassungsmäßig gesicherter Grundlage — in einem Stände-parlament — frei zum Wort und zur Mitentscheidung kommen zu lassen. Das bindet und knüpft sie fester an das Allgemeininteresse, an den Staat, als ihre Unterdrückung oder der Versuch zu ihrer gewaltamen Beseitigung, der doch nie gelingt. Eine von diesen Klassen und Gruppierungen weitgehend unabhängige Regierung hat dafür zu sorgen, daß aus den Willensäußerungen der Vielen eine einheitliche staatliche Handlung wird.

Damit ist zugegebenermaßen eine andere Frage, die einen Hauptinhalt des Sozialismus ausmacht, noch nicht gelöst: die Einigung zur geistigen Gemeinschaft. Aber damit, daß wir alle Einzelnen den gleichen Lebensbedingungen unterstellen — was an sich schon ein Ding der Unmöglichkeit ist —, besteht unter ihnen noch keine geistige Einheit. Schicksals- und Zielgemeinschaft schafft Geistesgemeinschaft. Die Gemeinsamkeit des Schicksals macht aber nicht Halt bei der Höhe des Einkommens. Droht einem Volk Einengung seines Lebensraumes oder Untergang, dann trifft das Arm und Reich, Hoch und Niedrig. Geht gar ein ganzer Erdteil der Versklavung und Ausbeutung durch andere Erdvölker entgegen, so stehen alle seine Staaten und Völker vor dem gleichen Schicksal. Und schließlich sind alle vor die gleichen unerforschten Dinge von Leben und Tod gestellt und in dieser letzten Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. In diesen Lüsen nur, und nicht auf der Ebene von Lohnfragen, vollzieht sich einmal, von Stufe zu Stufe, das geistige Zusammenwachsen der atomisierten Einzelwesen, der einander in Haß gegenüberstehenden Volksklassen und der zersplitterten europäischen Völkergesellschaften. Aber wir können diesen Zustand nicht herbeibefehlen. Was wir können ist nur, an unserer Stelle eine politische Ordnung schaffen, in der Gemeinschaftswille und Gemeinschaftsgeist so lebendig sind, daß aus ihr vielleicht einmal der zündende Funke zum großen Einstwerden entspringt.

Aarau, den 1. August 1929.

Hans Dehler.

Tessiner Auseinandersetzungen.

Francesco Chiesa und Ständerat Brenno Bertoni haben sich jüngst in einer Artikelreihe über diejenige Frage ausgesprochen, die augenblicklich das geistige und politische Bild des Tessins so stark bestimmt: über die Frage des Verhältnisses des Tessiners zu Italien. Da die Kenntnis der Meinungen der Tessiner u. a. zu einem richtigen Urteil über die dortige Lage von Nöten ist, geben wir im folgenden den Artikel Chiesas aus der „Gazetta Ticinese“ vom 1. Juli und die Antwort Bertonis darauf im „Dovere“ vom 3. Juli in den Hauptteilen in deutscher Übersetzung wieder.

Die Schriftleitung.

Die andere „Tessiner Frage“.

„Was für eine Frage? Alle wissen es. Man braucht nur auf diese bedauerlichen Zwischenfälle der letzten Wochen zurückzukommen, die, wenn sie auch Unruhe und Schaden stifteten, doch auch wieder die wohlthiende Wirkung hatten, auf die Gefahr hinzuweisen, auf die man lossteuerte. Es ist offensichtlich, daß sich im Lande eine bemerkenswerte Gegenbewegung gegen die, sagen wir, Dreistigkeit derjenigen abgezeichnet hat, die aus dem Kanton Tessin eine Art Vorplatz für ihren Kampf gegen die in Italien herrschende Regierungsform machen und die öffentliche Meinung des Tessins zu abgeschmackten Kundgebungen hinreissen möchten.“

Chiesa nimmt dann Bezug auf einen kürzlich im „Journal de Genève“ erschienenen Artikel und fährt fort:

„Man hat viel gesprochen und spricht noch viel von unserer Italianität; es ist auch etwas geschehen und es wird noch mehr geschehen, weil jeden Tag die Überzeugung an Ausdehnung gewinnt, daß unsere Sprache und unsere Kultur wirksam verteidigt werden müssen gegenüber den Gefahren, in denen wir uns, nicht durch das Übelwollen von irgend jemandem, sondern durch unglückliche Umstände befinden. Immerhin begehen viele Tessiner den Fehler, zu glauben, daß die Frage innerhalb der Grenzen bewältigt werden könne, die die geographischen Karten unserm kleinen Gebiet vorzeichnen. Die derart beschränkte Frage verliert was ihr höheren Adel verleihen könnte, und was noch schlimmer ist, sie wird unlösbar. Unlösbar wie die Frage der öffentlichen Wasserversorgung im Bezirk Bellinzona, wenn Bellinzona dabei von den nicht bellenzischen Tälern, aus denen es sein Wasser erhält, und der Ebene von Locarno, nach der es sein Wasser abgibt, absehen wollte.“

Die Wahrheit ist, daß wir, indem wir der schweizerischen Eidgenossenschaft angehören, in ihr auf würdige und nützliche Art unsere angestammte Kultur vertreten sollen; daß aber diese Kultur sich nicht lebendig und wirksam erhalten kann, ohne ständig aus ihren Quellen zu schöpfen. Der Kanton Tessin ist ein kleines Gebiet ohne große Mittelpunkte, ohne starke Kulturüberlieferungen, bewohnt von einer aufgeweckten und lebhaften Bevölkerung, die aber dazu neigt, ihre besten Leistungen eher außerhalb als innerhalb des Landes zu vollbringen. Eine Bevölkerung, deren Art mit gewissen Pflanzen, wie etwa unsern Kastanien vergleichbar ist, die weiter wachsen und Früchte tragen, wenn sie aus dem Wald, in dem sie keimten, anders wohin verpflanzt worden sind. Anderseits lockt unsere Erde, die in edelster lombardischer Schönheit strahlt, Besucher aller Art, hält viele von ihnen fest und wird längs ihrer Hauptstraßen und an ihren anmutigsten Stellen eine einzige große Herberge.

Wenn die Sachen so stehen, und unser Vorsatz, ein italienisches Volk zu bleiben, ernsthaft gemeint ist, wie ich ihn meine, wer wird dann glauben, daß in uns, allein in uns sich so viel finde, um unsere Sprache und unsere Kultur lebendig und unverändert zu erhalten und zu verhindern, daß inmitten so vieler Schwierigkeiten unser Eigenwesen nicht entartet? Ein solches Wunder wäre nicht einmal bei zehnmal größeren und stärkeren Völkern, als wir eins sind, möglich. Die deutsche Schweiz, die so eifersüchtig auf ihr geistiges Erbe und ihre politische Überlieferung ist, übernimmt ständig Anregungen und Formen aus Deutschland. Die romanische Schweiz, durch ihre Religion und Geschichte

von Frankreich stark verschieden, entzündet sich an dem Licht, das ihr von Paris kommt. Wir können unser eigenes Leben nur leben, wenn wir Florenz, der Mutter unserer Sprache, und Rom, der Mutter unserer Kultur, und Italien ergeben sind.

Niemand, der guten Glaubens ist, wird den Sinn meiner Worte mißdeuten. Ich spreche von jener Ergebenheit, die das „Journal de Genève“ meinte, als es dem Kanton Tessin die besondere schweizerische Aufgabe zwies, „in völliger Unabhängigkeit das Bindeglied“ zwischen Italien und der Schweiz zu sein. Ich spreche von diesem Zutrauen und dieser Zuneigung, ohne die das Tun desjenigen unverständlich wäre, der sich der Quelle nähert, um den Durst zu stillen, oder dem Feuer, um sich daran zu wärmen.

Alles das ist mehr oder weniger ausführlich schon öfters gesagt worden; eine sehr bedauerliche Sache, die ich gerne verschweigen möchte, wenn die Wahrheit nicht vorgeinge, ist aber die: ein erheblicher Teil des Tessiner Volkes liebt Italien nur mäßig. Diejenigen Tessiner sind nicht zahlreich, die sich an Italien gebunden fühlen durch die Bande natürlicher Zuneigung, die unsere Miteidgenossen an Frankreich oder Deutschland binden. Diese Miteidgenossen haben sich gelegentlich in Gegensatz zu Frankreich oder zu Deutschland befunden; aber es kommt nie vor, daß sich ihre Gegensätzlichkeit auf so übelwollende und lärmende Art äußert wie es von Zeitungen und Rednern des Kantons Tessin in Augenblicken des Gegensaßes zu Italien geschehen ist.

Die Ursachen dieses unnatürlichen und bedauerlichen Geisteszustandes sind mannigfaltig. Eine erschöpfende Untersuchung würde mehr Raum verlangen, als mir eingeräumt ist. Ich beschränke mich darauf, einen Grund anzuführen, der, wie soll ich sagen, vor allem zeitlichen Charakter hat. Der Kanton Tessin konnte ziemlich viel früher ein freier und selbständiger Staat werden als Italien: daher die alte tessinische Gewohnheit, mit einem Blick des Mitleids, oder noch schlimmerem, nach Süden zu schauen, eine Gewohnheit, die in törichter Weise auch fortdauerte, als in der Lombardei nicht mehr Österreich herrschte und in Neapel nicht der Bourbone, und als die neue Nation die auf die fürchterliche Anstrengung eines halben Jahrhunderts folgende Müdigkeit allmählich überwand. Ein anderer Grund: der Papst, der enterbte und gefangene Papst, und entsprechend die Abneigung gegen den Unterdrücker. Ein noch wichtigerer Grund: der Geist des Misstrauens, die geistige Enge, die durch Jahrzehnte und Jahrzehnte die bürgerliche Erziehung unseres Volkes bestimmten: der tessinische Helvetismus, dargestellt und eingeprägt als eine notwendigerweise mit dem Gesicht gegen die Alpen gekehrte und mit dem Rücken ostentativ gegen den Monte Olimpino gewendete Persönlichkeit.

Ferner muß auch einigen Gründen Rechnung getragen werden, für die nicht die Tessiner verantwortlich sind: gewisse unkluge Worte, die den Verdacht irredentistischer Absichten in einigen Kreisen des Königsreiches wecken könnten; die schlechte, jetzt glücklicherweise abgelegte Gewohnheit des Italieners, über sein Land zu schimpfen, sobald er einen Schritt über die Grenze getan hat. Schließlich die Arbeitereinwanderung: diese armen Teufel mit ihren vier Soldi und der ihnen entgegengebrachten wohlwollenden Verachtung; eine Verachtung, die nicht geringer und wohlwollender wurde, als sie sich nicht mehr auf diese nützlichen Leute selbst, sondern auf die Nation bezog, aus der sie stammten.

Jetzt haben alle die Gründe zu bestehen aufgehört oder sind auf ein Mindestmaß zurückgegangen, aber das Misstrauen und das Übelwollen dauert weiter. Bis zu einem gewissen Punkt kann man das verstehen: die Wirkungen überdauern oft die Ursachen, wie die Wellen weiter auf und ab schlagen und brausen, auch wenn der Wind aufgehört hat. Aber es ist nicht mehr natürlich, wenn die Wasser weiter in Unruhe beharren, trotzdem seit Stunden oder Tagen in der Luft Ruhe herrscht.

Ruhige Luft? Stürmischer als je, behaupten manche. Aus Italien weht der mörderischste Wind, der uns von dorther jemals gekommen ist.

Zawohl: der Faschismus. Darüber müssen ein paar deutliche Worte gesagt werden. Der Faschismus in Italien ist die Nation; außerhalb Italiens kann er Zustimmung oder Ablehnung finden und auf die verschiedenste Weise

beurteilt werden. Alle wissen, daß seine Grundgedanken und seine Methoden nicht den Grundsäzen und der Praxis unserer republikanisch-demokratischen Regierungsform entsprechen. Aber auch ohne von einer blinden Leidenschaft erfüllt zu sein, muß man anerkennen, daß der Faschismus eine geschichtliche Erscheinung von größter Tragweite ist, von der Art, die nicht mit einem kurzen Satz definiert oder mit einer Beschimpfung abgetan werden kann. Alle ernsthaften Beobachter stimmen auch überein, daß gewisse Versuche des Faschismus der höchsten Achtung wert sind und für alle andern Staaten nützliche Anleitungen abgeben können.

Was im besonderen den Kanton Tessin anbetrifft, so ist sicher: erstens, daß die faschistischen Organisationen und die offiziellen Vertreter der faschistischen Regierung im Kanton niemals faschistische Propaganda gemacht und unsren Einrichtungen, unsren Behörden und unsrem kantonalen Leben immer die größte Achtung erwiesen haben; zweitens, daß im Kanton unter Tessiner Bürgern keinerlei Bewegung im Sinne des Faschismus besteht.

Wenn die Dinge so liegen, wer frägt sich nicht (und unsere Miteidgenossen haben sich mit tiefem Erstaunen gefragt), warum der Tessin alle seine kriegerischsten Kräfte und so viel kostbare Zeit, so viel Papier und so viel Atem aufwendet, um über den Faschismus zu diskutieren, gegen den Faschismus zu wettern, und zu schreien, daß der Kanton Tessin nicht faschistisch sei.

Der Kommunismus, antwortet man, der Sozialismus, die Freimaurerei. Gut. Die Sozialisten haben sich in der Tat, unter geschickter Ausnutzung der Schwäche, der Richtungslosigkeit und des gegenseitigen Hasses unserer bürgerlichen Parteien eine sehr große, in keinem Verhältnis zu ihrer Zahl stehende Möglichkeit geschaffen, die kantonale Politik zu beeinflussen. Diese Machtstellung nutzen sie augenblicklich hauptsächlich dazu aus, um bis zum Übermaß Antifaschismus zu treiben und zu versuchen, andere Gruppen von Bürgern in ihre Leidenschaft mit hineinzuziehen. Wie man weiß, haben sie damit bemerkenswerte Erfolge. Und daraus ist dieser aufgeregte und gefährliche Zustand geworden, den viele, die den Kanton Tessin lieben, aufs tiefste bedauern.

Aber sie wären nicht dazu gelangt, wenn sie nicht im Kanton diese geistige Bereitschaft gefunden hätten, von der ich soeben sprach: jene mäßige Herzlichkeit, jenes Gefühl des Misstrauens und feindseliger Kühle gegenüber allem, was Italien betrifft, jene Schicht von Anti-Italianität, die (es brennt mich, es eingestehen zu müssen), wie ein Schlamm im Herzen vieler Tessiner liegt, als Überbleibsel von Irrtümern und Übeln des vergangenen Zeitalters.

Der tessinische Antifaschismus hat so viel Laub ansehen können, weil er die Wurzeln in jenen Schlamm gründete."

Francesco Chiesa.

Zu einem Artikel von Francesco Chiesa.

„Unser großer Dichter scheint die Aufforderung des Journalisten, aus seinem Schweigen herauszutreten, angenommen zu haben, und hat für die „Gazetta Ticinese“ einen Artikel geschrieben, der dem großen Ansehen und der innigen Zuneigung, die unser Volk ihm entgegenbringt, nichts hinzufügen wird...“

Wir erwarteten bei den üblen Zuständen von heute, nachdem der Fall Rossi in vollständigstem Geheimnis geendigt hat, nach dem Fall Peretti, von dem es nur zu natürlich ist, daß jeder Eisenbahner von Bellinzona leidenschaftlich daran teilnimmt, nach den Ausfällen der sozialistischen und anarchistischen Presse gegen die italienische und schweizerische Regierung, und nach den scharfen Auslassungen der italienischen Zeitungen uns gegenüber, von Francesco Chiesa ein Wort, das seines Geistes und seiner sittlichen Höhe entsprechend wäre. Er hat uns einen Adula-Artikel, ein Echo Emilio Colombis geliefert. Er hat sich nicht gescheut, zu behaupten, daß der tessinische Antifaschismus in der tiefen und unsympathischen Anti-Italianität aller tessinischen Parteien wurzele. Und morgen wird sein Zeugnis den Weg durch die ganze italienische Presse machen als Grund zu Misstrauen gegen die Schweiz; er wird den Weg durch die schweizerische sozialistische Presse antreten als Grund zu Misstrauen gegen Italien. Dieser

befremdlichen und unbegründeten Behauptung hat er die Aussage beigefügt, daß durch das Werk des Faschismus in Italien die Luft ruhig geworden sei, und das wird Öl sein auf das Feuer der Dritten Internationale.

Er konnte der Sache der Italianität des Tessins und im Tessin selbst keinen schlechteren Dienst erweisen. „Wir können unser eigenes Leben nur leben, wenn wir Florenz, der Mutter unserer Sprache, und Rom, der Mutter unserer Kultur, und Italien ergeben sind. Niemand, der guten Glaubens ist, wird den Sinn meiner Worte mißdeuten. Ich spreche von jener Ergebenheit, die das „Journal de Genève“ meinte, als es dem Kanton Tessin die besondere schweizerische Aufgabe zuwies, in völliger Unabhängigkeit das Bindeglied zwischen Italien und der Schweiz zu sein.“ Ähnliche Worte habe ich aus dem Munde des Eisenbahnbeamten und Abgeordneten Zeli gehört, und nicht viel verschiedene aus demjenigen des Anarchisten Luigi Bertoni. Canevascini wird sicher Beifall spenden.

Aber wenn diese Ergebenheit Verkünder haben soll, dann wollen die Ergebenen, daß sie sauber seien. Nun kennen die Kollegen des eingesperrten Peretti aber in Bellinzona eine Werkstatt der Ergebenheit, der sie sich nicht anvertrauen, und sie werden sehr erstaunt sein, einen Mann wie Chiesa in der Rolle eines Predigers zu sehen, der sie in den Schlamm der Anti-Italianität treiben will.

Nein, Dichter, nicht Italien oder die Italianität ist einer immer größeren Zahl von Tessinern unangenehm, sondern die Art, wie diese seit zwanzig Jahren gepredigt wird und die Art dieser Prediger. Wahr ist, daß wenn man weiter so vorgeht, die Anschuldigung der Anti-Italianität, so falsch sie war, schließlich begründet sein wird.

Die Tessiner Verächter Italiens! Seit wann denn? Lassen wir den schmerzvollen Kampf und die langen Leiden, die das Tessiner Volk von 1821 bis 1859 für die Italianität gegenüber dem österreichischen Koloß auf sich genommen hat. Sprechen wir nur von den Schulen und überdenken wir die Zahl der Italiener, denen wir die Erziehung unserer Söhne anvertrauten, wir „Anti-Italiener“. Sogar die Geschichtstexte unserer Gymnasien wurden italienischen Dozenten, die Bürgerkunde italienischen Professoren anvertraut; italienische Lehrer wurden den Tessinern in der Normalschule auf den Hals gesetzt. Und Francesco Chiesa scheut sich nicht, in einem Artikel, der morgen in ganz Italien wiedergegeben und kommentiert werden wird, zu zeugen „von dem Geist des Misstrauens, der geistigen Enge, die durch Jahrzehnte und Jahrzehnte die bürgerliche Erziehung unseres Volkes bestimmten: der tessinische Helvetismus, dargestellt und eingepreßt als eine notwendigerweise mit dem Gesicht gegen die Alpen gefahrene und mit dem Rücken ostentativ gegen den Monte Olimpino gewendete Persönlichkeit“.

Welche Jahrzehnte? Jene, in denen der öffentlichen Erziehung Filippo Giani oder Guscetti oder Vittorino Lombardi oder Martino Pedrazzini (der geistige Vater der Adula) oder Giorgio Casella vorstand? Oder jene, in denen Carlo Salvioni und Giacomo Bontempi einen so großen Anteil an der Leitung der Schule hatten?

Francesco Chiesa deckt mit seinem geachteten Namen eine Politik, derzufolge, wenn es in Italien je bewegte Zeiten gab, heute „die Luft wieder ruhig geworden ist“. Er bürgt dafür, daß die faschistischen Organisationen in der Schweiz niemals faschistische Werbetätigkeit im Kanton entfaltet haben. Wir erinnern, von anderem nicht zu reden, an das unverschämte Treiben der Squilla Italica gegen Frankreich, das im Tessin so große Sympathien genießt, und gegen die Demokratie als der Grundlage unserer Einrichtungen. Ich will ihn nicht an die zwanzigjährige Arbeit der Adula erinnern, die er nicht zu kennen scheint. Aber ich versichere ihn, daß, wenn er sich offen auf diese Seite schlägt, morgen die Zahl der Antifaschisten (für ihn Anti-Italiener) sich verdreifachen wird, dank seiner Tätigkeit.

Wenn in seinem Bewußtsein Italianität und Faschismus das gleiche bedeuten, so ist das seine Sache, aber er hat nicht das Recht, dem verärgerten Italien von heute zu bezeugen, daß die antifaschistischen Kundgebungen von

Bellinzona, Genf oder Basel durch kalte Feindseligkeit gegen alles Italienische bedingt seien, weil bei Anwendung der einfachsten Sorgfalt der Untersuchung er wissen müßte, daß das nicht wahr ist.

Er sollte wissen, daß in der Schweiz die sozialistische Partei sich zu einer Regierungspartei entwickelt hat, was ihren Bruch mit dem Kommunismus einschließt, welcher Bruch auf der andern Seite aus taktischen Gründen eine antifaschistische Aktion verlangt. Er könnte wissen, daß in den antifaschistischen Kundgebungen von Zürich, Basel und andernorts die schlauen Führer leicht irgend einen tessinischen Gimpel überreden könnten, er müsse auf italienisch schreien. Das sind Gründe, die auch ein faschistischer Polizist verstehen könnte. Chiesa zieht vor, den Schlamm zu denunzieren, der im Herzensgrund vieler Tessiner liege und beweist damit einen größeren Mangel an kritischem Sinn, als man selbst einem Dichter verzeihen kann.

Es ist grenzenlos albern, zu glauben, daß die marktschreierischen Kundgebungen dem italienischen Diktaturregiment schaden. Darüber sind alle einig. Jede Diktatur zieht Vorteil aus feindlichen Kundgebungen, die im Ausland gegen ihre Nation stattfinden. Man sagt, daß Napoleon III. solche zu fabrizieren verstand. Es scheint, daß man in der Schweiz, auch unter den Sozialisten und Sozialistenfreunden, das einzusehen beginnt. Aber man stelle Herrn Chiesa auf die Seite derjenigen, die die tessinische Seele in Italien verleumden und denunzieren und man wird die Wirkung bald sehen, wenn es überhaupt nicht schon zu spät ist. Wieder eine Dante'sche Warnung.

Und noch eins. Er hat prächtige Worte über die Sektiererei geschrieben, die Erbfrankheit der Italiener und daher auch der Tessiner.

Er hat die Jugend davon auszunehmen versucht. Gut. Aber er glaube nicht, die Tessiner von der Sektiererei auszunehmen, indem er jenes Gefühl, das er „den mit dem Gesicht gegen die Alpen gefehrten Helvetismus“ nennt, ins Lächerliche zieht. Die Sektiererei war in der Geschichte immer die Kehrseite des Ungehens des Staates. Wenn er überzeugt ist, daß der Tessiner sich nach der andern Seite kehren soll, „aus jenem Vertrauen und jener Zuneigung, ohne die das Tun desjenigen unverständlich ist, der sich der Quelle nähert, um den Durst zu stillen, oder dem Feuer, um sich daran zu wärmen“, dann wundere man sich nicht, wenn die Sektiererei überbordet und verzehnfacht neu aufflammt.

Wie kann er verlangen, daß die Tessiner von Italien das Wasser und das geistige Feuer fordern und doch gegenüber den italienischen politischen Bewegungen fremd und gleichgültig bleiben? Wie wird er verlangen können, daß diese von der italienischen Quelle gespiesenen Helvetier wider die politische Herrschaft jene Formen der Ergebenheit bekennen, die die Italiener Italiens durch Gewalt erleiden? Und wenn aus Italien Vertriebene zu uns kommen, wie das immer geschehen ist, und die die Tessiner mit brüderlichem Herzen aufgenommen haben, wie kann man verlangen, daß sie dieselben nicht aufnehmen, sondern wie tolle Hunde zurückweisen?

Nein, Dichter, jene Persönlichkeit mit der zwangsläufig gegen die Alpen gefehrten Brust, der du den Hals drehen möchtest, um sie zwangsläufig nach Italien blicken zu lassen, ist aus Pappendeckel. Der Tessiner ist lebendig und aufgeweckt. Er sieht sich um, und es ist diese Eigenschaft, die wir besser in ihm entwickeln sollten.“

Dr. Br. Bertoni.

Zur politischen Lage.

Französische Politik in Schein und Wirklichkeit. — Briands neues Europa.

Elsässische Zeitungen haben dieser Tage eines jener kleinen Geschichtchen berichtet, die die politische Lage wie ein Blitzlicht aufzuhellen vermögen. Es wurde da erzählt, daß man im Elsaß die allergrößten Schwierigkeiten habe, sich die

bekanntesten und sicher politisch einwandfreien deutschen Veröffentlichungen zu beschaffen. Weder Gottfried Kellers noch Storms Werke, weder Brehms Tierleben noch die Reklamebändchen dürfen ins Elsaß hinein, ohne der politischen Polizei vorgelegt zu werden. Da man wohl annehmen darf, daß diese Stelle ähnliche Ansichten und Kenntnisse von deutscher Literatur und Kunst hat wie der berühmte Polizeikommissär im Colmarer Prozeß, der Albrecht Dürrer als in Berlin lebenden gefährlichen Zeitgenossen behandelte, so kann man sich vorstellen, daß die Prüfung dieser staatsgefährlichen Schriften erhebliche Zeit in Anspruch nimmt. So unterbinden die französischen Behörden kulturelle Beziehungen der harmlosesten Art im gleichen Augenblick, wo der verantwortliche Staatsmann Frankreichs bei jeder Gelegenheit von der deutsch-französischen Annäherung spricht.

Was sich hier an einem kleinen Einzelfalle zeigt, das zeigt sich auch in den großen Linien der europäischen und der Weltpolitik, die sehr zwiespältige Haltung des französischen Staates. Man muß es dahingestellt lassen, ob man darin nur das Spiegelbild des innerfranzösischen Meinungskampfes sehen will, jenes durch die Namen Briand und Poincaré verkörperten Meinungskampfes. Auf jeden Fall stehen die von Paris aus mit immer neuen, sogar überraschenden Wendungen verkündeten Gedanken der Völkerversöhnung und der europäischen Solidarität in schroffstem Widerspruch zu der Haltung Frankreichs in allen Einzelsachen.

Da haben wir das Spiel in der Abrüstungsfrage, das nun seit Jahren andauert. Es läuft darauf hinaus, jede ernsthafte Abrüstung für Frankreich und die ganze Schar seiner Verbündeten zu vermeiden. Deshalb der gescheiterte Versuch, bei den Abrüstungsberatungen innerhalb des Völkerbundes wohl die industrielle Kraft eines Landes bei der Rüstung in Anrechnung zu bringen, nicht aber einen so unmittelbaren Teil der Wehrkraft, wie ihn die ausgebildeten Reserven darstellen. Es ist nichts anderes, als die offenkundigste Verhöhnung der Grundsätze der Abrüstung, die jedoch durchaus der heutigen militärischen Stellung Frankreichs und Deutschlands angepaßt ist und auf der ganzen Linie zu Gunsten Frankreichs lautet. In dasselbe Kapitel gehören jene Abmachungen mit der verflossenen englischen Regierung, die ebenfalls die militärische Kraft Frankreichs in allen wesentlichen Teilen sichern sollte. Daß diesmal das Vorgehen nicht glückte, ändert an der Absicht nichts.

Dasselbe Bild haben wir in den internationalen Verhandlungen über den Minderheitenschutz. Es ist wohl heute Gemeingut der öffentlichen Meinung, daß nur ein wirklicher Minderheitenschutz die politische Luft Europas entgiften kann. Alle diese Bestrebungen aber werden von Frankreich völlig nutzlos gemacht. Die Ursache dafür ist klar; der Minderheitenschutz arbeitet gegenwärtig ausgesprochen gegen den heutigen Kurs in den verschiedenen Vasallenstaaten Frankreichs von Polen bis nach Südslawien hinunter. Deshalb nimmt es auch der große Europäer Briand, der gerade jetzt so sehr als Idealist gefeiert wird, ohne weiteres auf sich, in den Völkerbundsverhandlungen die Bestrebungen für einen vernünftigen Minderheitenschutz unter den fadencheinigsten Vorwänden unwirksam zu machen. Die glatte und wohltonende Rhetorik des französischen Außenministers, die auch bei dieser Gelegenheit von Idealismus nur so trieft, wirkt allerdings dann beinahe wie Hohn.

Dieselbe zwiespältige Erscheinung haben wir in der französischen Politik Deutschland gegenüber. Hier lautet die offizielle Parole auf Freundschaft. Nur kurze Zeit einmal hörte man während des erbitterten Ringens um den Youngplan von Paris aus wieder jene Töne, die man in den Jahren nach Versailles so sehr gewohnt war. Heute drängt eine Rundgebung für die deutsch-französische Annäherung die andere. Trotzdem aber hat Frankreich von seinem sachlichen Standpunkte in der Frage der Rheinlandräumung, also des Kernstückes der deutsch-französischen Beziehungen, bis heute noch nicht um einen Finger breit nachgegeben. Nach wie vor stellt man die Räumung von Paris aus halb und halb in Aussicht, will dafür aber eine unbefristete, also dauernde Kontrolle im Rheinland schaffen. Das ist bekanntlich eine Forderung, die über den Versailler Vertrag noch hinausgeht, gegen die sich Deutschland heftig sträubt und die des-

halb die deutsch-französische Einigung immer wieder unmöglich macht. Frankreich will eben seinen Standpunkt durchsetzen, koste es was es wolle. Zugestehen muß man dabei freilich, daß die Haltung Deutschlands diese Taktik Frankreichs geradezu ermutigt. Wie oft schon hieß es von Berlin aus: Unmöglich! Dabei aber gaben die Deutschen immer nach einiger Zeit nach. Darauf wartet man auch jetzt in Paris.

Im allergrößten Ausmaß erlebt man schließlich dasselbe Spiel Frankreichs in den Schuldenverhandlungen und im ganzen Streit um das Ziehen der politischen Folgerungen aus der finanziellen Vereinigung der Gesamtlage durch den Youngplan. Man denke an den hartnäckigen Streit um die Wahl des Sitzes der politischen Konferenz! Man denke an den wohl berechneten Schuß, den Briand mit seinem schönen Plan für das neue Europa dazwischengefeuert hat! Noch stehen bloß mehr vier Wochen bis zu dem vorausgesehenen Intrafttreten des neuen Finanzplanes am 1. September zur Verfügung und immer noch streitet man sich um formelle Vorfragen. Nachdem man geglaubt hatte, daß die endliche Einigung der Finanzexperten in Paris die Lage geklärt habe, sieht man heute wiederum nur immer neue Schwierigkeiten. Frankreich will eben so wenig als möglich tatsächliche Zugeständnisse machen, deshalb alle diese Winkelzüge. Was dabei herauskommen wird, das läßt sich heute überhaupt noch nicht übersehen. Dafür aber spart Briand auch bei diesem warmen Wetter nicht mit den schönsten Reden und den schönsten Plänen. Man kann ganz sicher sein, daß davon an der diesjährigen Völkerbundsversammlung ein wahrer Überfluß vorhanden sein wird. Nur schade, daß man nie den Gedanken los werden kann, was wohl hinter diesen schönen Kulissen wieder an politischen Schachzügen steckt. Aber freilich, gutgläubige, ja begeisterte Hörer finden diese schönen Phrasen immer. Briand kann ruhig sein, sein schon so und so oft gebrauchtes Mittel verfehlt seinen Zweck nie.

* * *

Im übrigen ist wohl hier der passende Ort, um noch einige Worte über das neue Europa des Herrn Briand zu sagen. Es soll das nicht deswegen geschehen, weil zu erwarten ist, daß der Plan schon in nächster Zeit Tatsache werden wird. Wohl aber muß man erwarten, daß der französische Außenminister seinen Plan stark in die politische Diskussion hineinrücken wird. So wird in den nächsten Monaten über die Neugestaltung Europas lebhaft hin und her gestritten werden.

Das neue Schlagwort, das in Paris jetzt zum ersten Mal in der praktischen Politik verwendet wird und das so außerordentlich „europäisch, friedensfreudlich und wahrhaft fortschrittlich“ klingt, verdeckt nach meiner Ansicht nur den neuesten Schachzug der französischen Staatskunst in der Verfolgung ihres in allen Wechselfällen seit 1918 sich gleichbleibenden Ziels, der Sicherung des Siegergewinns. Unermüdlich ist man in Paris tätig, um für die 1918 errungene Vormachtstellung auf dem europäischen Festland immer neue Sicherungen herbeizubringen. Zuerst verfuhr man nach dem Rezept von Clémenceau, Poincaré und Foch. Man versuchte es mit der Gewalt und drückte im Versailler Vertrag alle möglichen militärischen Vorteile durch, die es den Unterlegenen unmöglich machen sollten, jemals an eine gewaltsame Änderung des durch die Friedensverträge von 1919 geschaffenen Zustandes zu denken. Da man schließlich nicht alles durchdrücken konnte, was die Militärpartei wünschte, so versuchte Poincaré und die ganze nationalistische Richtung in Frankreich dem in den ersten Friedensjahren nachzuhelfen. Es kam zum Kampf um das Rheinland, zum Ruhrabenteuer u. s. w. Dieser Versuch zum weiteren Ausbau der französischen Militärherrschaft ist im Westen, am Rhein, mißlungen; im Osten, in Oberschlesien, Danzig u. s. w. ist er nur halb geglückt. Die französische Militärpartei ist deshalb auch nur halb befriedigt.

Nun aber hat die französische Staatskunst andere Mittel und Wege gefunden, die schließlich zu demselben Ziele führen können, zur Verewigung der französischen Vormachtstellung. Gerade das sonst während der Friedensverhandlungen so unangenehm empfundene Eingreifen der Amerikaner zeigte hier den

Weg mit der Schaffung des Völkerbundes. Zweifellos in der besten Absicht zur Sicherung des Friedens geschaffen, war die neue Organisation doch von Anfang an mit den Pariser Friedensverträgen aufs engste verknüpft. Die Franzosen erkannten deshalb auch sofort, daß sich hier ein geeigneter Weg öffnete, um die allgemeine Friedenssehnsucht und das Friedensbedürfnis der Welt zur Sicherung der Siegerbeute zu verwenden. Die seitherige Entwicklung hat dieser Auffassung in vollem Umfange recht gegeben. Der Völkerbundsvertrag hat sich als ausgezeichnet geeignet erwiesen, um jede Abänderung auch der größten 1919 geschaffenen Missstände zu hintertreiben. Durch das geschickte Auftreten in Genf ist es dabei ziemlich weitgehend gelungen, jede Bestrebung zur Änderung des 1919 geschaffenen Zustandes als friedensgefährdend zu brandmarken. Man hat es so verstanden, die pazifistische Bewegung wesentlich für die Erhaltung des französischen Machtsystems auszunützen und dadurch vielfach in eine durchaus schiefe und dem wahren Frieden wenig förderliche Stellung hineinzumanöverieren.

Da Frankreich immerhin die Sicherung durch den Völkerbund zu löse und unverlässlich vorkam, machte es unaufhörliche Vorstöße, um von hier aus zu festen Garantien zu gelangen. In diesen Rahmen hinein gehört der Kampf um das Benech-Protokoll. Auch hier lautete die Parole: Beförderung des Friedens! In Wirklichkeit galt es nur, stärkere Sicherungen für die unabänderliche Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes in Europa zu schaffen. Um Widerstände Englands ist damals dieser Versuch gescheitert. Frankreich kommt aber immer wieder darauf zurück. Einmal hat es verstanden, den holländischen Außenminister für seine Sache ins Feuer zu schicken. Auch in Zukunft wird es in diesem Sinne zielbewußt weiter arbeiten.

Im gleichen Zusammenhang muß auch der Locarno-Vertrag gewürdigt werden. Nach dem Schiffbruch der Gewaltpolitik und unter dem Drucke Englands, das bei seiner umfassenden Aufbauarbeit zur Ausbesserung der Kriegsschäden nicht immer von neuem wieder von europäischen Spannungen gehemmt werden wollte, veranlaßt auch durch die kolonialen Schwierigkeiten und die drohende Währungskatastrophe, hat sich Frankreich schließlich zu einer Art Einigung mit Deutschland bereitfinden lassen. Aber wiederum war der Preis dafür eine neue Vertragssicherung des Zustandes der Rheingrenze. Wiederum mußte Deutschland versprechen, was es schon im Versailler Vertrage hatte unterschreiben müssen, daß es die neue Grenze Frankreichs nicht mit Gewalt zu ändern versuchen werde. Zugleich aber übernahmen England und Italien die Garantie für die Innehaltung dieses Versprechens. Seitdem aber wird von Paris aus immer wieder versucht, noch weitere Staaten zu dieser Garantie zu überreden. Das ist z. B. mit dem neutralen Holland der Fall. Zugleich wird aber von Paris aus auch unaufhörlich versucht, für den Osten ebenfalls einen Locarno-Vertrag fertig zu bringen. Es handelt sich hier eben um die Sicherung eines andern Teiles des französischen Machtgebäudes, wie ihn die verschiedenen Vasallenstaaten im Osten bilden.

In diesen ganzen großen Zusammenhang hinein gehört ganz zweifellos auch der neue Plan Briands zur Schaffung eines europäischen Organismus. Die Einzelheiten sind ja noch nicht bekannt. Wenn alles gut läuft, so wird man sie immerhin in diesem Jahre noch erfahren. Aber auch ohne die Kenntnis der Einzelheiten ist klar ersichtlich, worauf sich Briand stützen will und was er beabsichtigt. Auch diesmal soll der Plan im Zeichen des Pazifismus stehen. Friedenssicherung durch Zusammenschluß der europäischen Staaten! Außerdem aber wird nun die allmählich wachsende Unruhe in Europa über den wachsenden finanziellen und wirtschaftlichen und schließlich auch politischen Einfluß der Vereinigten Staaten in Rechnung gestellt. Man fordert deshalb von Paris aus zum Zusammenschluß zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zunächst der europäischen Staaten auf. Dieser Gedanke ist schon lange erörtert worden. Er ist bereits in den Massen einigermaßen populär, ohne daß bisher ein praktischer Versuch zur Verwirklichung gemacht worden wäre. Durch die Übernahme der Führung sichert sich hier Paris schon ein wesentliches Plus.

Ich will hier auf die Aussichten des Planes durchaus nicht eingehen. Das soll ein andermal in der notwendigen ausführlicheren Weise geschehen. Ich

möchte hier nur noch darauf hinweisen, was wohl Frankreich von einem solchen neuen Europa erhofft. Für diesen Plan kommt ja eigentlich nur ein kleiner Teil Europas in Betracht. Russland auf der einen Seite, England auf der andern fallen weg. Auch bei Italien ist es sehr unsicher, was es zu den neuen Plänen schließlich sagen wird; einstweilen will es noch nicht das Geringste davon wissen. Ähnlich steht es auch mit Spanien. Was übrig bleibt, sind zwei Großmächte, Frankreich und Deutschland, und eine große Zahl Mittel- und Kleinstaaten, von denen eine ganze Anzahl französische Vasallen sind. Es ist klar, daß die Führung in einem solchen Europa bei den Franzosen liegen würde, die ja den Anstoß geben und außerdem die stärkste Militärmacht besitzen. Nun aber ist ein solcher Organismus nur dann denkbar, wenn die verschiedenen Mitgliedstaaten zueinander grundsätzlich freundlich eingestellt sind. In diesem Falle würde das nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland eben auf der ganzen Linie sich mit dem bestehenden Zustande abfinden würde. Frankreich hätte dann die gewünschte sichere Garantie für den ungestörten Genuss seines Sieges und seines umfassenden Besitzes. Auf dem europäischen Festlande hätte es die Führung und Europa würde außerdem bei der Verteidigung des nicht ungefährdeten gewaltigen Kolonialreiches hinter ihm stehen. Das ist ohne Zweifel das Bild, das der französischen Staatskunst vorschwebt. Ob seine Verwirklichung allerdings für Frankreich so völlig befriedigend ausfallen würde, das ist noch eine andere Frage.

Aarau, den 26. Juli 1923.

Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitsfragen

„Lebensdienst“.

Die unter dem Titel „Lebensdienst“ gesammelten Aussäße von Jakob Wassermann verdienen Beachtung, weil sie sehr deutlich die Verfassung eines Kreises von Männern in Deutschland zeigt, der ohne Zweifel zu den geistig bedeutendsten zählt, sich nun berufen fühlt, aus der Zeitabgewandtheit des Dichters herauszutreten und mitzuwirken an Deutschlands Erneuerung. Hier zeigt sich nun aber sofort ein schwer zu überwindendes Hindernis für den Verfasser, daß er sich ausgesprochen als Jude fühlt und ebenso sehr ein Deutscher sein will. Er entstammt einer seit Jahrhunderten im Fränkischen ansässigen Familie, die die Schicksale des Landes miterlebt hat. Er gehört also nicht zu jenen Juden, die, kaum aus Polen oder Russland eingewandert, sich berufen halten, eine tätige Rolle im öffentlichen deutschen Leben zu führen. Diese Sorte wird von Wassermann so gegeißelt, wie es der „Hammer“ nicht schärfer tun könnte, freilich aus verletzter Liebe, sowie etwa Hölderlin am Schlüsse des Hyperion den Deutschen eine zermalmende Strafrede hält, oder Görres es tut, wenn er Napoleon in einer Schlußabrechnung auch die deutsche knechtische Gejinnung, die ihm seine Triumphe ermöglicht habe, höhnisch an den Pranger stellt. Nicht zu jenem Juden also bekennt sich Wassermann, sondern zu dem orientalischen im mythischen Sinne „mit seiner verwandelnden Kraft zur Gegenwart“, und die ihn zum Schöpfer machen kann, wie das auf S. 174 ausgeführt wird: Das bezieht sich aber doch wohl mehr auf das Geistige und mag als ein Ideal richtig sein, während dem Leser nicht gleich ein Beispiel der Auswirkung dieser Kraft im deutschen Kulturleben zur Hand sein wird. Oder sollte hiermit doch mehr das orientalische Judentum als politischer Sauerteig gedacht sein, etwa in Walter Rathenau eine Verkörperung erfahren haben? Die Ermordung dieses Mannes hatte Wassermann zu einigen aus tiefstem Gefühle geschriebenen Zeilen getrieben. Er hat sie nun auch in die Sammlung aufgenommen und insofern ist eine Kritik gestattet. Was der Freund in heiligem Schmerze gesagt